

**PRESSE-
KONFERENZ**
12.6.2023

Potenzial an öffentlichen Investitionen für den Klimaschutz enorm – jetzt nutzen!

AK-beauftragte Studie der TU Wien in Kooperation mit dem Umweltbundesamt zeigt Potenzial des öffentlichen Vermögens für den Klimaschutz auf.

LUKAS OBERNDORFER

Leiter der Abteilung Umwelt und Verkehr, AK Wien

GEORG FEIGL

Stv. Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik, AK Wien

LEONHARD PLANK

Projektleiter der Studie, TU Wien

MICHAEL MIESS

Projektleiter im Umweltbundesamt



Öffentliche Investitionen sind Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen und dringend notwendigen sozial-ökologischen Umbau: Schulen und Spitäler, der staatliche Fuhrpark, Solaranlagen auf Amtsgebäuden, Wälder usw. können einen wesentlichen Beitrag zur Klimaneutralität leisten. So wichtig private Investitionen auch sind, sie können die öffentlichen Investitionen nicht ersetzen, die für eine weitgehende Dekarbonisierung des öffentlichen Kapitalstocks – also im Wesentlichen die Summe des Anlage- und Grundvermögens – notwendig sind. Im Gegenteil: Für eine glaubwürdige Klimaschutzpolitik ist es zentral, dass die öffentliche Hand eine Vorreiterrolle einnimmt und im eigenen Wirkungsbereich vorlebt, wie die Klimaschutzziele eingehalten werden können. Ein ambitioniertes Ausbauprogramm kann die privaten Investitionen befeuern, weil sie mittelfristig planbare zusätzliche Nachfrage schaffen kann, die Unternehmen ihren Kapazitätsausbau erleichtert. Besonders wichtig sind deshalb Städte und Gemeinden, die einen sozial-ökologischen Ausbau in die Breite bringen können.

Die von der AK Wien beauftragte Studie der TU Wien in Kooperation mit dem Umweltbundesamt untersucht und quantifiziert den öffentlichen Kapitalstock sowie die öffentlichen Investitionen, die für seinen klimaneutralen Umbau notwendig sind. Sie betreffen vor allem die Sektoren Energie, Verkehr und Gebäude, also fossile Wärme- und Stromerzeugung, diesel- und benzinbetriebene Kraftfahrzeuge, unsanierte und fossil beheizte Gebäude oder den noch nicht elektrifizierten Teil des ÖBB-Schienennetzes. Ausgehend von einem öffentlichen Kapitalstock von mehr als 500 Mrd. Euro (2021), der Gebietskörperschaften und die von ihnen kontrollierten Beteiligungen umfasst, kommt die Studie zum Ergebnis, dass allein der klimaneutrale Umbau öffentliche Investitionen von rund 68 Mrd. Euro erfordert.

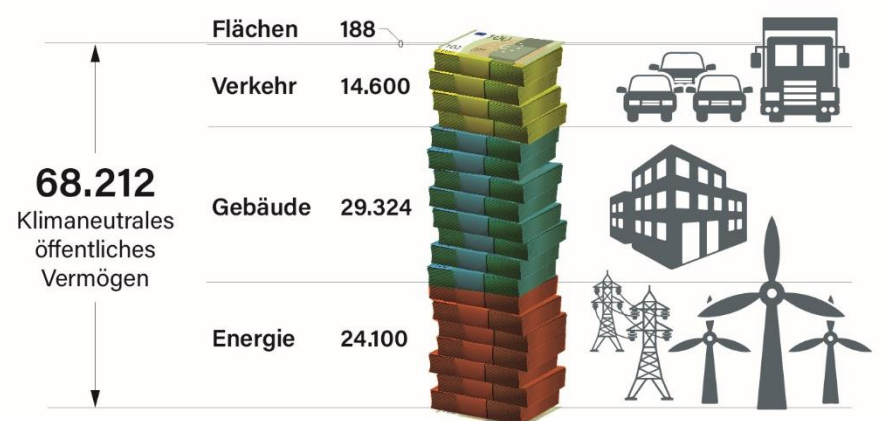
Größter Investitionsbedarf bei Gebäuden, Energie und Verkehr

KLIMAPOLITIK

Investitionen für den Klimaschutz:

Größter Investitionsbedarf bei Gebäuden, Energie und Verkehr

Angaben in Mio. Euro



Quelle: AK Österreich, TU Wien in Kooperation mit dem Umweltbundesamt



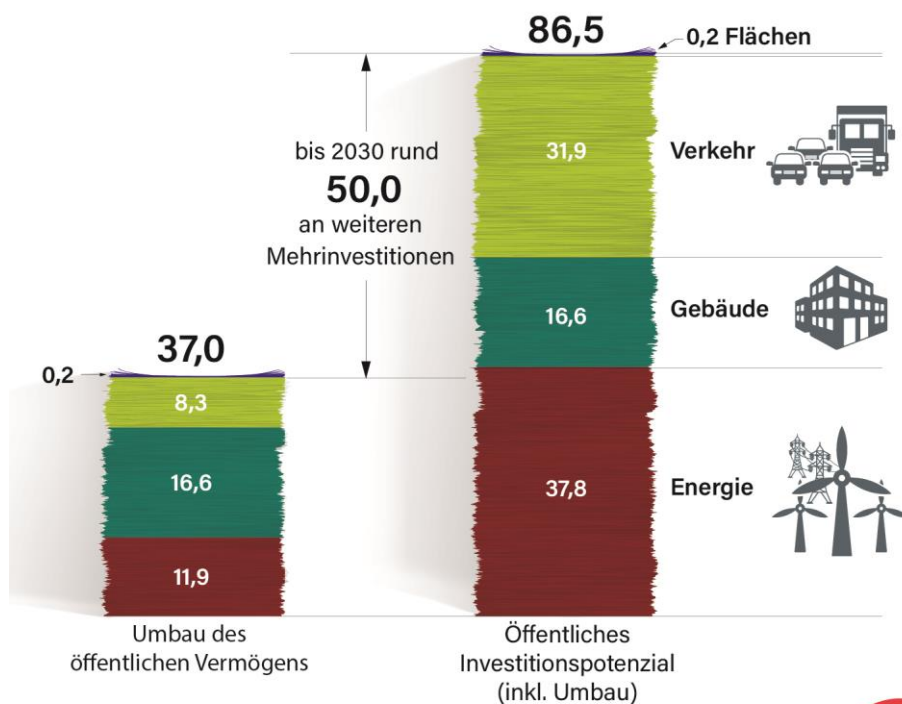
Ein Teil davon ist bereits eingeplant, sodass sich die darüber hinausgehenden Mehrinvestitionen „nur“ auf etwa 37 Mrd. Euro belaufen. Die Mehrinvestitionen sind im Gebäude-Sektor mit 17 Mrd. Euro am höchsten, gefolgt von 12 Mrd. Euro im Bereich Energie und 8,3 Mrd. Euro im Verkehrsbereich sowie 0,2 Mrd. Euro für die Sanierung von Wäldern.

In einem zweiten Schritt wird abgeschätzt, wieviel die öffentliche Hand darüber hinaus bis zum Jahr 2030 in den Ausbau ihres Kapitalstocks investieren könnte, um den Weg zur gesamtgesellschaftlichen Klimaneutralität maßgeblich voranzutreiben und eine Vorreiterinnenrolle in der Energie-, Mobilitäts- und Klimawende einzunehmen. Darunter fallen u.a. der Ausbau des ÖPNV, die Redimensionierung von

Straßen oder der Ausbau erneuerbarer Energieanlagen, -netze und -speicher. Die Studie kommt zum Ergebnis, dass bis 2030 rund 50 Mrd. Euro an weiteren Mehrinvestitionen noch einzuplanen sind, um dieses Potenzial zu heben, das in erster Linie auf die Bereiche Energie und Verkehr entfällt.

KLIMAPOLITIK

Klimarelevante öffentliche Mehrinvestitionen Gesamtüberblick in Mrd. Euro bis 2030



Quelle: AK Österreich, TU Wien in Kooperation mit dem Umweltbundesamt

AK

Rentable Investitionen in hohe Lebensqualität

Den Klimaschutz ernst zu nehmen, kann somit ein Mehrinvestitionsvolumen von bis zu ca. 2,4 Prozent des BIP pro Jahr bedeuten (Summe Umrüstung und Ausbau), wovon jedoch der größere Teil statistisch nicht dem Sektor Staat zugerechnet wird, sprich sich nicht unmittelbar auf das gesamtstaatliche Defizit auswirkt. Ein großer Teil dieser Investitionen ist betriebswirtschaftlich rentabel (z.B. als Einsparung von Energiekosten, Reduktion von Strafzahlungen bei Nichterreichen der Reduktionsziele). Nachdem mit diesen Investitionen auch entsprechende gesamtwirtschaftliche Wertschöpfungseffekte verknüpft sind, die sich bei mindestens 2 Prozent des BIP pro Jahr bewegen, dürften die langfristigen Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte unterm Strich sogar positiv sein.

Zudem wird öffentliches Vermögen für die Zukunft aufgebaut und gesichert, um langfristig nachhaltiges Wirtschaften und eine hohe Lebensqualität in Österreich gewährleisten zu können. Beispielsweise kann eine dekarbonisierte und öffentlich bereitgestellte Energieversorgung für österreichische Verbraucher:innen große Vorteile auch über den Klimaschutz hinaus haben. Dies wird durch die gegenwärtig hohen Energiepreise und die Inflation in einem vorrangig nach einzelwirtschaftlicher Gewinnoptimierung ausgerichteten Umfeld eindrucksvoll demonstriert.

Der Staat hat es in der Hand und kann Antreiber sowie Vorbild sein

Die für die Transformation notwendigen Mehrinvestitionen in den Sektoren Energie, Verkehr, Gebäude sowie Grund und Boden können im Vergleich zu früheren Studien des Umweltbundesamts zu mehr als die Hälfte vom Staat im weiteren Sinne selbst durchgeführt werden. Wichtige Hebel liegen dabei auf kommunaler Ebene.

Die Vorreiterrolle des Staates in der Dekarbonisierung des eigenen Kapitalstocks kann dazu beitragen, dass Klimaschutz als von höchster Dringlichkeit für Wirtschaft und Gesellschaft wahrgenommen wird. Die Umrüstung und der Ausbau des öffentlichen Kapitalstocks sind Voraussetzungen für eine breitere Definition von Wohlstand und die klimaneutrale Bereitstellung öffentlicher Daseinsvorsorge. Je mehr die öffentliche Hand direkt Verantwortung für den Klimaschutz übernimmt, desto eher sind die Grundlagen für ein gutes Leben für alle innerhalb planetarer Grenzen geschaffen.

Forderungen der AK

Die Studie zeigt, dass das Potenzial für grüne öffentliche Investitionen enorm ist. Jetzt gilt es, dieses zu heben, damit die öffentliche Hand vom Nachzügler zum Vorreiter wird. In der Klimakrise dürfen die Fehler der Regierung in der Teuerungskrise nicht wiederholt werden: Seitens des Staates nicht eingzugreifen, die Dinge laufen zu lassen und lediglich Unternehmen – und im geringeren Maße private Haushalte allgemein – beim Umstieg zur Klimaneutralität zu fördern, ist weder effektiv noch ausreichend. Dies führt zu Folgeproblemen, deren Bewältigung eine noch viel größere Aufgabe darstellt.

Trotzdem ist genau das seitens der Regierung geplant: Gemäß der Budgetpläne bis 2026 soll die öffentliche Investitionsquote von heuer 3,5 auf 3,3 Prozent der Wirtschaftsleistung zurück gehen. Darin dürfte sich zwar ein anhaltend ambitioniertes Ausbauprogramm der ÖBB widerspiegeln, nicht aber eine Fortführung der wahrscheinlich gezieltesten Maßnahme der letzten Jahre in diese Richtung: der kommunale Investitionsfonds mit zuletzt starkem Klimafokus.

Die AK fordert folgende Maßnahmen:

1. Mehr Geld für öffentliche Investitionen

- a. Ansteigender Investitionspfad im nächsten mittelfristigen Budgetplan des Bundes
- b. Finanzielle wie qualitative Ausweitung statt Einstellung des kommunalen Investitionsfonds: durch langfristige Planbarkeit soll Unternehmen eine Perspektive gegeben werden, um ihre Produktionskapazitäten auszuweiten, flankiert durch gezielte Beschäftigungsinitiativen und öffentliche Planungskapazitäten zur Koordinierung
- c. Sonderprogramme für ausgegliederte Einheiten wie ÖBB, BIG und ÖBF

2. Engagement für bessere Finanzierungsmöglichkeiten

- a. Investitionsfreundliche Reform der europäischen Fiskalregeln
- b. Neuauflage des erfolgreichen europäischen Krisenfonds RRF mit grünem Fokus
- c. Berücksichtigung des Klimaschutzes in den Finanzausgleichsverhandlungen

3. Arbeitskräfte für den Klimaschutz

- a. Anwerbeoffensive und strategischer Beschäftigungsaufbau der öffentlichen Hand
- b. Qualifizierungsoffensive der öffentlichen Unternehmen und der öffentlichen Hand
- c. Klimafreundliche öffentliche Beschaffung